Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ungarn: EU vs MAGA
2. Ein Wunschzettel aus Brüssel
3. Ungarn nach 16 Jahren Orban: Wieder kein Entkommen aus der Aufwertungsfalle?
4. Kiew: Angehörige Vermisster fordern Waffenstillstand und Aufklärung
5. Israels Krieg gegen den Frieden beenden!
6. Wird Trumps Befehl zur Blockade iranischer Häfen tatsächlich funktionieren?
7. Energiesteuer gesenkt: Wird Tanken jetzt wirklich billiger?
8. 1,5 Milliarden für Gasreserve: Expertin kritisiert Reiches Plan als teuer und fast nutzlos
9. Wirtschaftsweiser Truger kritisiert »Sparwut« bei den Entlastungen
10. Ehegattensplitting »Eine Reform ist richtig«
11. Türkei plant radikales Rauchverbot: Urlaubsland stellt Tabakverkauf komplett ein
12. Wehrpflicht schon im Januar? Junge-Union-Chef Winkel macht Druck
13. Insider packt aus: Rheinmetall-Drohnen werden bisher nicht einmal Panzerattrappen gefährlich
14. KI: Die vorgetäuschte Automatisierung
15. »Desinformation sind die Wahrheiten der falschen Leute«

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ungarn: EU vs MAGA**
   Deutschland und die EU haben sich im Machtkampf um Ungarn gegen die Trump-Administration durchgesetzt. Nach Jahren heftiger politischer Konflikte mit Berlin und Brüssel unter der Regierung von Viktor Orbán, die eng mit der Trump-Administration kooperierte, wendet sich Budapest mit dem Wahlsieg von Péter Magyar nun demonstrativ wieder der Europäischen Union zu – ein strategischer Erfolg für Letztere, zugleich eine empfindliche Niederlage für die USA. Magyars Wahlsieg markiert demnach nicht nur einen innenpolitischen Umbruch, sondern ist zugleich Ausdruck einer offenen geopolitischen Auseinandersetzung. Entsprechend hatten sowohl die EU als auch die USA im Vorfeld massiv auf den Ausgang der Wahl einzuwirken versucht. Während Brüssel mit der Freigabe milliardenschwerer Fördermittel lockte, unterstützte die US-Regierung offen Orbán und sein Umfeld – bis hin zu Wahlkampfauftritten und wirtschaftlichen Versprechungen. Ungarn ist damit zum Schauplatz eines transatlantischen Ringens geworden, in dem es um weit mehr geht als um einen Regierungswechsel: Es geht um Einfluss, um die Ausrichtung und die künftige Rolle eines Schlüsselstaats in Osteuropa.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu: **Ungarn nach Orbán: Aufbruch oder Illusion?**
   Orbáns Abgang könnte die EU aus ihrer Ukraine-Lähmung befreien, ein Kurswechsel könnte die Nato-Ostflanke stabilisieren — wenn der Neue liefert. Post-Orbán-Zeitenwende: Die 16-jährige Herrschaft Viktor Orbáns ist vorerst Geschichte. Herausforderer Péter Magyar führte die oppositionelle Tisza-Partei zu einem überraschend klaren Sieg: Nach Auszählung von 85 Prozent der Stimmen zeichnet sich eine systemtransformierende Zweidrittelmehrheit ab – rund 138 von 199 Parlamentssitzen für Tisza, lediglich 54 für Fidesz. Für eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die weitreichende Verfassungsänderungen ermöglicht, sind 133 Sitze notwendig.
   Magyar, ehemaliger Fidesz-Parteigänger und präferierter Kandidat weiter Teile der europäischen Staatengemeinschaft, erklärte, im Duktus eines Widerstandskämpfers, man habe „Ungarn befreit“. Orbán räumte noch am Wahlabend die Niederlage ein und kündigte an, künftig aus der Opposition heraus zu arbeiten – von seinem persönlichen, politischen Ende war dennoch wenig zu spüren.
   Quelle: Telepolis

   dazu auch: **Grenzkontrollen, Flüchtlingslager, Israel: Das bleibt von**

Orban
Ungarns “Diktator” Orban war 16 Jahre an der Macht. Nun will die EU den Rechtspopulisten und seine “antidemokratische” Politik schnell hinter sich lassen – heißt es in Brüssel. In Wahrheit bleibt von Orban mehr, als die EU-Spitze wahrhaben will.
Das gilt vor allem für seine Asyl- und Migrationspolitik. Orban war einer der ersten, die in der Flüchtlingskrise 2015 die Grenzen dicht gemacht haben. Heute eifert ihm sogar Deutschland nach – mit Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen. Die EU-Kommission hat es klaglos akzeptiert.
Dasselbe gilt für die Flüchtlingslager, die Orban in Ungarn geschaffen hat. Sie wurden als unmenschlich angeprangert – heute plant Brüssel selbst Abschiebelager, noch dazu in Drittländern außerhalb der EU. Die EVP um CSU-Mann Weber hat dafür im Europaparlament sogar mit Orbans Fidesz gestimmt!
Quelle: Lost in Europe

2. **Ein Wunschzettel aus Brüssel**
Ursula von der Leyen griff tief in die rhetorische Klamottenkiste. „Ihr habt es wieder getan, ihr habt Ungarn wieder zurück nach Europa gebracht“, rief die Chefin der EU-Kommission am Tag nach der Ungarnwahl in Brüssel aus. Den Machtwechsel in Budapest verglich die deutsche CDU-Politikerin mit dem Fall der Mauer in Berlin. „Heute ist ganz Europa ungarisch“, fügte sie begeistert hinzu.
Verhaltener äußerte sich die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Katarina Barley. Sie hoffe, dass die Zusammenarbeit in der EU nun sehr viel einfacher werde, sagte die SPD-Politikerin im Deutschlandfunk. Allerdings werde es Wahlsieger Péter Magyar, der bisher selbst Europaabgeordneter war, in seinem neuen Amt nicht leicht haben, fürchtet Barley. Das Erbe von Viktor Orbán laste schwer.
Diese Einschätzung teilen viele in Brüssel. Allzu viel hat sich in den letzten 16 Jahren unter Orbán angesammelt: Neben der Korruption und der Vetternwirtschaft, die Politik und Wirtschaft in Ungarn vergiftet und gelähmt haben, gibt es auch jede Menge Altlasten in der Europapolitik. Die EU-Spitze würde sie gern ganz schnell abräumen.
Ganz oben auf der Prioritätenliste der EU steht der 90 Milliarden Euro schwere Hilfskredit für die Ukraine. Orbán hatte ihn im März mit seinem Veto blockiert. Von der Leyen würde ihn gern lieber heute als morgen freigeben, um die drohende Pleite in Kyjiw zu verhindern. Doch bis zu Magyars Amtsantritt könnten noch bis zu sechs Wochen vergehen – und wie er zur Ukraine steht, ist

unklar.
Quelle: Eric Bonse in der taz

dazu: **Wahlsieger Péter Magyar fordert Gespräche mit Moskau**
Der ungarische Oppositionsführer Péter Magyar hat sich für die Aufnahme von Gesprächen mit Russland ausgesprochen und dabei auf die langfristigen geopolitischen Realitäten in Europa verwiesen. In einer Rede vor Anhängern betonte er, dass geografische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen politische Entscheidungen dauerhaft mitprägen würden. „Wir werden mit der russischen Führung Gespräche führen müssen. Die geografische Lage Russlands und Ungarns bleibt unverändert“, erklärte Magyar. Zudem hob er hervor, dass Ungarn weiterhin in erheblichem Maße von russischen Energieimporten abhängig sei, was eine pragmatische Außenpolitik erforderlich mache.
Quelle: RT DE

3. **Ungarn nach 16 Jahren Orban: Wieder kein Entkommen aus der Aufwertungsfalle?**
   Es ist schon erstaunlich: Victor Orbans große Zeit in Ungarn begann, als nach dem Ende gewaltiger Währungsspekulationen (carry trades), die den ungarischen Forint massiv überbewertet hatten, der Forint wie ein Stein fiel und viele Hausbesitzer, die sich wegen niedriger Zinsen in Fremdwährung (Schweizer Franken oder japanischen Yen) verschuldet hatten, in enorme Schwierigkeiten brachte. Orban versprach, dass der Staat die Spekulationsverluste zu einem erheblichen Teil auffangen würde – und gewann.
   Jetzt, 16 Jahre später und nach der gestrigen dramatischen Niederlage für Orban, sehen sich seine Nachfolger einer ganz ähnlichen Konstellation gegenüber. Orban hat das Land in eine Lage gesteuert, von der vor allem er hätte wissen müssen, wie gefährlich sie ist.
   Schon seit einigen Jahren steigen die Löhne in Ungarn weit stärker als es die heimische Wirtschaft verkraften kann.
   Quelle: Relevante Ökonomik
4. **Kiew: Angehörige Vermisster fordern Waffenstillstand und Aufklärung**
   In Kiew haben sich am Montag die Angehörigen (Ehefrauen, Kinder, Brüder und Schwestern, Großmütter und Großväter) der vermissten Soldaten versammelt, von denen es seit Monaten keine Nachrichten mehr gibt.
   Die Regierung hat vom Parlament ein Gesetz verabschieden lassen, das sie als

tot erklärt, und damit einen Schlussstrich gezogen, sodass sie faktisch in Vergessenheit geraten oder vielmehr auf privaten Kummer und private Erinnerung reduziert werden.
Tausende Angehörige, die aus allen Teilen der Ukraine angereist sind, fordern, dass das Gesetz zurückgezogen wird. Sie wollen die Wahrheit wissen: Entweder die Leichen, damit sie ihnen ein Begräbnis und eine würdige Bestattung bereiten können, oder die Freilassung und die Rückkehr nach Hause, falls sie in russischer Gefangenschaft sind.
Quelle: pressenza

5. **Israels Krieg gegen den Frieden beenden!**
   Um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten zu schaffen, müssen die USA Israel den Freibrief für seine endlosen Kriege entziehen und sich mit dem Rest der Welt verbünden, um Israel dazu zu zwingen, innerhalb seiner international anerkannten Grenzen vom 4. Juni 1967 zu leben.
   Ein zweiwöchiger Waffenstillstand hat den Krieg Israels und der USA gegen den Iran teilweise zum Stillstand gebracht. Der Krieg hat genau nichts erreicht, was ein kompetenter Diplomat nicht an einem Nachmittag hätte erreichen können. Die Straße von Hormus war vor dem Krieg offen und ist es jetzt wieder, allerdings unter stärkerer iranischer Kontrolle.
   Unterdessen geht das Chaos weiter. Israel ist entschlossen, den Waffenstillstand zu sprengen, da dies von Anfang an Israels Krieg war.
   Quelle: Overton Magazin
6. **Wird Trumps Befehl zur Blockade iranischer Häfen tatsächlich funktionieren?**
   Die kurze Antwort auf meine Frage lautet: Nein! Die USA werden, ungeachtet Trumps Drohungen, ihre Marineschiffe nicht in der Nähe der iranischen Küste stationieren … Die Carrier Strike Group (CSG 3) der USS Abraham Lincoln (CVN-72) musste dies im März auf die harte Tour lernen. Die Lincoln CSG näherte sich im März bis auf 210 Meilen der südlichen iranischen Küste, musste sich jedoch nach einem Angriff durch eine Flut iranischer Raketen und Drohnen auf eine Position etwa 700 Meilen vor der iranischen Küste zurückziehen. Daher werden alle Versuche, einen Tanker abzufangen, Hunderte von Meilen vor der iranischen Küste stattfinden.
   Quelle: Seniora.org

   dazu auch: **Trump rastet völlig aus: Jetzt schickt er die US-Marine in die Straße von Hormus**
   US-Marine soll Schiffe stoppen. Kriegsschiffe im Persischen Golf aufgetaucht.

Pakistan schickt Kampfjets nach Saudi-Arabien. Iran warnt vor tödlichem Strudel. […]
Wer an dieser Aktion teilnimmt, ist nicht bekannt. Trump sagte in einem Interview auf Fox News, Großbritannien werde Minenräumboote entsenden. Rainer Hermann, langjähriger Korrespondent der FAZ für den Nahen Osten und Autor des neuen Buchs „Die Zerstörung des Nahen Ostens“, sagte der Berliner Zeitung: „Trump droht, nun selbst eine Blockade der Straße von Hormus durchzusetzen, damit keine iranischen Öltanker mehr die Meerenge passieren. Beunruhigend dürfte sein, dass Pakistan im Rahmen seines Verteidigungsabkommens mit Saudi-Arabien Kampfflugzeuge ins Königreich verlegt.“
Quelle: Berliner Zeitung

7. **Energiesteuer gesenkt: Wird Tanken jetzt wirklich billiger?**
Konkret soll bei jedem Liter Benzin und Diesel die Energiesteuer um 17 Cent brutto (also schon inklusive der Mehrwertsteuer) reduziert werden. Sie beträgt dann bei Benzin statt 68 Cent noch rund 51 Cent (beides mit Mehrwertsteuer). Beim Diesel werden durch den Steuerrabatt entsprechend aus 56 Cent Energiesteuer pro Liter „nur noch“ 39 Cent. Allerdings muss diese Ersparnis nicht eins zu eins beim Verbraucher ankommen. Denn nach wie vor sind die Mineralölkonzerne frei in ihrer grundsätzlichen Preisgestaltung. (…) Die Bundesregierung geht davon aus, wie Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) betonte, dass die Mineralölbranche die Entlastung weitergibt und sich dadurch die Lage für Autofahrer und Betriebe sehr schnell verbessern werde.
Quelle: BR24
8. **1,5 Milliarden für Gasreserve: Expertin kritisiert Reiches Plan als teuer und fast nutzlos**
Die Gasspeicher sind derzeit nur zu knapp 16 Prozent gefüllt. Die Merz-Regierung plant nun eine Milliarden-Reserve – laut einer Expertin kommt sie zu spät und hilft kaum.
Die Gasspeicher in Deutschland sind derzeit selbst für das Ende der Heizperiode ungewöhnlich leer. Zuletzt lag der Füllstand laut Daten von Gas Infrastructure Europe (GIE/AGSI) bei nur 16,54 Prozent.
Jetzt zeigt sich: Die Merz-Regierung plant eine strategische Gasreserve. Rund zehn Prozent der deutschen Speicher – etwa 24 Terawattstunden – sollen künftig als staatlicher Notfallpuffer vorgehalten werden. Im Ernstfall würde diese Menge ausreichen, um Haushalte und Unternehmen in einem normalen Winter etwa zwei Wochen zu versorgen, bei extremer Kälte nur rund eine

Woche.
Quelle: Berliner Zeitung

9. **Wirtschaftsweiser Truger kritisiert »Sparwut« bei den Entlastungen**
Der Wirtschaftsweise Achim Truger kritisiert die »Sparwut« im Entlastungspaket. Der vermeintliche Zwang zur Gegenfinanzierung sei der Schuldenbremse geschuldet. […]
Skeptisch äußert sich Truger auch zur geplanten Energiepreisprämie: »Ob und wie stark die Energiepreisprämie genutzt wird, ist unklar, da kommt es sehr auf die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften an.« Dabei kritisiert Achim Truger den vermeintlichen Zwang zur »Gegenfinanzierung« selbst kleinster Maßnahmen: »Wie sehr die Regierung im Bann der Schuldenbremse steht, zeigt, dass selbst minimale Maßnahmen mit einer Gegenfinanzierung versehen werden.«
Besonders scharf kritisiert der Wirtschaftsprofessor die Erhöhung der Tabaksteuer zur Gegenfinanzierung der Energiepreisprämie: »Die Tabaksteuererhöhung ist völlig willkürlich und dürfte gerade bei niedrigen Einkommen eine spürbare Belastung darstellen.« Warum ausgerechnet Raucher für den Energiepreisschock aufkommen sollen, sei »unklar«. Truger zieht dabei einen historischen Vergleich: »Das erinnert an den ehemaligen Bundesfinanzminister Hans Eichel, der in seiner Sparwut 2003 die Tabaksteuer erhöhte.«
Quelle: Surplus Magazin
10. **Ehegattensplitting »Eine Reform ist richtig«**
Claus Michelsen, 45, Chefökonom des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller, erklärt, welche Branchen und Arbeitsbedingungen für Frauen besonders attraktiv sind.
SPIEGEL: Herr Michelsen, die Bundesregierung diskutiert darüber, das Ehegattensplitting und die kostenlose Mitversicherung bei der Krankenkasse abzuschaffen. So will sie Arbeitsanreize für Zweitverdiener setzen, in Vollzeitbeschäftigung zu wechseln. Ist das sinnvoll?
Michelsen: Die Mitversicherung macht den Einstieg ins Erwerbsleben teurer, weil dann Beiträge für eine Leistung gezahlt werden müssen, die andernfalls umsonst ist. Das Ehegattensplitting senkt die Anreize für kleine Einkommen in einer Ehe, die Berufstätigkeit auszuweiten, da jeder zusätzlich verdiente Euro relativ hoch besteuert wird. Dies gilt als eine wesentliche Ursache für hohe Teilzeitquoten gerade bei Frauen. Eine Reform ist daher richtig.
SPIEGEL: Reicht es aus, allein den ökonomischen Druck auf Paare zu erhöhen, oder sind noch andere Maßnahmen nötig?

Michelsen: Rein finanzielle Maßnahmen reichen längst nicht aus, um die Arbeitszeiten zu erhöhen. Wir können steuerliche Anreize setzen, soviel wir wollen. Sie werden nicht wirken, wenn reale Hürden einer umfangreicheren Berufstätigkeit im Weg stehen. Heute ist Teilzeitarbeit vorrangig auf Kinderbetreuung oder die Pflege kranker oder älterer Menschen zurückzuführen. Wir müssen also die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Eine perverse Diskussion mit immerhin einem wahren Kern: „Reicht es aus, allein den ökonomischen Druck auf Paare zu erhöhen“? Es geht um satte 25 Milliarden Euro jährlich, die Lars Klingbeil Ehepaaren ganz oder teilweise wegnehmen will, und das erhöht tatsächlich den „ökonomischen Druck“ auf Alleinverdiener-Ehepaare mit mittleren oder hohen Einkommen zwischen 50.000 und 100.000 Euro Jahresgehalt, denen dann 3.000 bis 5.000 Euro fehlen, und auf Niedrigverdiener mit ein paar Hundert Euro weniger. Mit anderen Worten, „die hart arbeitenden Mitte“ der Arbeitnehmer, um die sich der SPD-Chef nach jeder Wahlniederlage angeblich kümmern will, möchte Klingbeil noch härter schröpfen. Gleichzeitig wird diesen Ehepaaren großzügig angeboten, das entstehende Defizit durch Mehrarbeit auszugleichen, in einem Arbeitsmarkt, der von Massenarbeitslosigkeit und Niedriglöhnen geprägt ist. Mit diesem Vorsitzenden und Bundesfinanzminister ist die SPD auf dem schnellsten Weg unter 10 Prozent bundesweit.*

11. **Türkei plant radikales Rauchverbot: Urlaubsland stellt Tabakverkauf komplett ein**
Jedes Jahr sterben mehr als sieben Millionen Menschen an den Folgen von Tabakkonsum. Zu diesem Ergebnis kommt die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Darunter fallen etwa 1,6 Millionen Menschen, die dem Rauch passiv ausgesetzt sind, auf Spielplätzen, in Parks oder beim Warten an der Bushaltestelle. Die EU will gegensteuern und das Rauchen im Freien nahezu vollständig verbieten. Ihr Ziel: Eine „tabakfreie Generation“ bis 2040, in der weniger als fünf Prozent der Bevölkerung Tabak konsumieren.
Auch die Türkei orientiert sich an den ambitionierten EU-Zielen und plant ein strenges Anti-Tabak-Gesetz.
Quelle: FR Online

Anmerkung Christian Reimann: *Die Überschrift ist irritierend. Die Türkei orientiert sich an die EU. Die Überschrift hätte z.B. auch lauten können: „Die*

EU will bis 2040 eine „tabakfreie Generation“. Die EU verfolgt also einen „radikalen“ Plan.

12. **Wehrpflicht schon im Januar? Junge-Union-Chef Winkel macht Druck**
Der Chef der Jungen Union, Johannes Winkel, hat eine Rückkehr zur Wehrpflicht schon im kommenden Januar gefordert. „Wir diskutieren seit Jahren, dass der Bundeswehr zehntausende Soldaten fehlen. Ich glaube kaum, dass wir Putin damit beeindrucken, indem wir nun Fragebögen durch das Land schicken und mit einem irren bürokratischen Aufwand auswerten“, sagte Winkel dieser Redaktion. Er betonte außerdem: „Die Energie und Zeit, die wir in Empörung über jeden Tweet von Trump investieren, sollten wir in die Entwicklung unserer eigenen Verteidigungsfähigkeit stecken.“
Winkel übt damit Druck auf die Bundesregierung aus. Die CDU-geführte Koalition mit der SPD streitet darüber, ob eine Pflicht zurückkommen soll. Die Fraktionen von Union und SPD haben aber eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt, wie ein künftiger freiwilliger Wehrdienst in Deutschland aussehen soll. Seit dem 1. Januar 2026 ist der Wehrdienst in Deutschland durch das Wehrdienstmodernisierungsgesetz neu geregelt. Alle jungen Männer, die das 18. Lebensjahr vollenden, erhalten Post von der Bundeswehr.
Quelle: WAZ

Anmerkung Christian Reimann: *Dreister geht es kaum noch. Anstatt sich selber freiwillig bei der Bundeswehr zu melden, möchte der JU-Chef offensichtlich lieber andere junge Männer für die „eigene Verteidigungsfähigkeit“ verpflichten. Weshalb ausgerechnet der russische Präsident Putin beeindruckt werden soll (oder muss?), wird nicht mitgeteilt. Von einem Beleg für Bedrohungen aus Russland ist auch dieser Artikel meilenweit entfernt.*

dazu auch: **Fahnenflucht: Die Dämme brechen**
Deutschland bereitet sich darauf vor, ein Land im Krieg zu werden. Militärisch und wirtschaftlich soll die Republik Kriegstüchtigkeit beweisen.
Marcus Klöckner hat ein Buch über die Kriegstüchtigkeit und die Kriegstreiber geschrieben – und wie uns das als Gesellschaft ruiniert. Folgend ein Auszug aus »Kriegstüchtig! Deutschlands Mobilmachung an der Heimatfront«.
Wie wird Deutschland mit seinen Soldaten, mit seinen Söhnen und Töchtern und Müttern und Vätern umgehen, die sich dem Töten und Abschlachten auf den Schlachtfeldern entziehen wollen? Wie wird es sein, wenn die Kriegstüchtigkeit nicht mehr nur auf Trainingsebene verstanden wird, sondern

wenn tatsächlich Krieg ausbrechen sollte und Marschbefehle auf die Küchentische der Familien flattern? Wie wird es mit dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aussehen? Das sind sehr unangenehme Fragen. Leider ist es dringend geboten, über einen Begriff zu sprechen, der verstaubt, alt, aber auch irgendwie seltsam klingt: Fahnenflucht. Fahnenflucht? Es gibt vieles, was wir Menschen und Bürger unter den Teppich kehren können. Aber diesen Dreck, den die »Zeitenwende« aufwirbelt, der sollte nicht ignoriert werden. Das ist ohnehin bereits so viel, der Dreck der Zeitenwende würde nicht unter den größten Teppich in Deutschland passen.
Quelle: Overton Magazin

13. **Insider packt aus: Rheinmetall-Drohnen werden bisher nicht einmal Panzerattrappen gefährlich**
Intern als „Powerpoint-Projekt“ verspottet, soll die Rheinmetall-Drohne große Mängel aufweisen. Trotzdem wird der Konzern massiv bevorzugt.
Wie die Berliner Zeitung exklusiv auf Grundlage vorliegender Geheimdokumente berichtete, ist für Rheinmetall im Wettbewerb um Loitering Munition für die Bundeswehr ein Rahmenvertrag über rund 2,5 Milliarden Euro vorgesehen – zehnmal mehr als für die deutschen Mitbewerber Helsing und Stark, für die jeweils etwa 250 Millionen Euro eingeplant sind.
Nun liegen der Berliner Zeitung weitere Informationen aus Kreisen des Bundesministeriums der Verteidigung vor, die erhebliche Zweifel an der Einsatzreife des RAIDER-Systems aufwerfen.
Das Geheimdokument, das mit „VS – nur für den Dienstgebrauch“ klassifiziert ist, offenbart Unterschiede in der Behandlung der drei Anbieter von sogenannter lungernder Munition – bewaffneten Drohnen, die über einem Zielgebiet kreisen und bei Bedarf zuschlagen können. Der Vertrag beschäftigt seit Wochen den Haushaltsausschuss im Bundestag.
Quelle: Berliner Zeitung
14. **KI: Die vorgetäuschte Automatisierung**
Wahnsinn, was diese Maschine alles kann! Aber ist das wirklich so? Viele Menschen verklären die Kompetenzen von Chatbots und KI-Systemen. Ihre scheinbare Autonomie basiert in Wahrheit oft auf der Ausbeutung menschlicher Arbeit.
Im Jahr 1770 präsentierte der Hofbeamte und Mechaniker Wolfgang von Kempelen eine Sensation: den sogenannten Schachtürken. Am Hof von Maria Theresia vorgeführt, schien die Maschine, eigenständig Schach zu spielen, und das bemerkenswert erfolgreich. Die Illusion war perfekt. Erst viel später stellte

sich heraus, dass sich im Inneren der Maschine ein Mensch verbarg.
Heute, über 250 Jahre später, lächeln wir milde über die Leichtgläubigkeit vergangener Eliten. Wie konnten Intellektuelle und Herrscherinnen sich derart täuschen lassen?
Im Zeitalter der künstlichen Intelligenz wähnen wir uns immun gegen solche Tricks. KI, so suggeriert es schon der Name, ist künstlich, autonom, unabhängig vom Menschen. Ein System, das zwar auf dem Wissen der Menschheit aufbaut, dank seiner selbstlernenden Fähigkeiten komplexe Probleme aber eigenständig löst.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

dazu auch: **Neue KI wird für Hacker und Terroristen zur Traumwaffe**
Neuer KI-Agent kann Stromnetze, Spitäler oder Militäranlagen lahmlegen. Bereits hat er kritische Sicherheitslücken aufgedeckt.
Als Vizekanzlerin im Bundeshaus von 1991 bis 2005 leitete die Autorin verschiedene Digitalisierungsprojekte. Heute verfolgt Hanna Muralt Müller die Entwicklung der künstlichen Intelligenz in ihren Newslettern.
Zurzeit schlägt der neue Agent von Anthropic, «Claude Mythos Preview», hohe Wellen. Im Gegensatz zu einem Chatbot, der auf eine Frage eine Antwort gibt, kann ein KI-Agent ein Ziel selbstständig verfolgen. Er plant, führt aus und liefert dir ein Ergebnis zurück.
Der neue Agent habe bisher unentdeckte Sicherheitslücken in der Software von sicherheitsrelevanten Anlagen gefunden und könne in den falschen Händen zur verheerenden Cyberwaffe werden. Tatsächlich hat sich KI in den letzten Monaten mit exponentieller Geschwindigkeit entwickelt, wie im Folgenden aufgezeigt wird. Die Schlussfolgerungen (Kasten) sind disruptiv – aber es gibt Hoffnung.
Quelle: Infosperber

15. **»Desinformation sind die Wahrheiten der falschen Leute«**
Wer bestimmt eigentlich, was wahr ist? Norbert Häring behauptet: Ein ganzes System aus Institutionen und »Faktencheckern« steuert den Diskurs. Und er belegt es, in seinem neuen Buch.
De Lapuente: Herr Häring, Sie beschreiben einen »Wahrheitskomplex«, der Meinungen steuert – so lautet folglich auch der Titel Ihres neuen Buches. Woran erkennen Sie, dass wir es hier mit einem koordinierten System zu tun haben und nicht mit vielen unabhängigen Akteuren und deren Interessen?
Häring: Dafür gibt reichlich Nachweise. Einflussreiche Organisationen wie der

Atlantic Council haben Handlungsanleitungen für den Aufbau dieses Komplexes veröffentlicht. Die EU ist diesen Empfehlungen gefolgt. Sie hat ausdrücklich erklärt, dass sie diesen NGO-Komplex aufbauen und fördern will, zum Beispiel ein Netzwerk von Faktencheckern. Und genau so hat sie es auch gemacht. Und dann gibt es da noch ein Rahmenwerk zur Klassifizierung von Desinformationsoperationen und Gegenmaßnahmen mit dem schönen Namen DISARM. Das wurde im Auftrag des US-Militärs entwickelt. Laut einer Vereinbarung der EU mit der US-Regierung ist es das offizielle Instrument, mit dem der Informationsaustausch der Behörden und der NGOs des Wahrheitskomplexes untereinander und miteinander koordiniert wird.
Quelle: Overton Magazin